

NRW-Regionalgruppen der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) & des Social Entrepreneurship
Netzwerk Deutschland (SEND e.V.)

Als Ergebnis der LAG-21 Regionalforen 2018 wurde von der Landesregierung eine Auseinandersetzung mit dem wirtschaftlichen Wachstumsparadigma und die Förderung alternativer Wirtschaftsmodelle wie der Gemeinwohl-Ökonomie gefordert. Wie ist ihre Position dazu?

Wir stehen für Nachhaltigkeit durch Innovation. Nachhaltigkeit ist allerdings nicht gleichbedeutend mit Verzicht. Vielmehr ermöglichen neue Technologien, dass Klimaschutz und Wachstum kein Widerspruch sind. Im Bereich des Klima- und Ressourcenschutzes sehen wir die Digitalisierung als Chance neue Wachstumspotentiale zu erschließen. Hierdurch können Prozesse optimiert werden, die an vielen ökologisch relevanten Stellen eine intelligente Kreislaufwirtschaft ermöglichen und damit für Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sorgen. Zur Stärkung der unternehmerischen Freiheit unterstützen wir zudem die Pläne der neuen Bundesregierung, für Unternehmen mit gebundenem Vermögen eine neue geeignete Rechtsgrundlage zu schaffen.

Sozial-ökologische Innovationen sowie gemeinwohl-orientierte Organisationen sind der schnellste Weg zur Erfüllung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie 2030. Dafür braucht es u.a. eine Landes-Innovationsstrategie für Soziale Innovation sowie eine Koordinationsstelle. Wie werden sie das realisieren?

Wir Freie Demokraten messen sozialen Innovationen eine hohe Bedeutung zu. Wir haben deshalb in Regierungsverantwortung ein spezielles Coaching für soziale Unternehmen und Social Entrepreneurship auf den Weg gebracht sowie bestehende Förderprogramme für den Bereich Social Entrepreneurship geöffnet. Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, in Nordrhein-Westfalen eine Koordinationsstelle Social Entrepreneurship einzurichten. In Kooperation mit privaten Akteuren wollen wir Workshops, Trainings und Informationsveranstaltungen zum Social Entrepreneurship ausbauen und damit zur die Vernetzung voranbringen sowie noch stärker für die Besonderheiten von sozialen Unternehmen sensibilisieren.

Wir wollen den Wissenstransfer von Forschung und Wissenschaft in Gesellschaft und Wirtschaft systematisch fördern. Eine entsprechende Institution soll unabhängig agieren und als Selbstverwaltungseinrichtung sowohl technologische als auch soziale Innovationen unterstützen. Die Förderung der Innovationspotentiale im Land wollen wir in einer übergeordneten Innovations- und Transformationsagentur bündeln.

Innovationen in NRW wurden bisher vor allem technologisch verstanden. Deswegen fordern wir einen Auf- und Ausbau der Förderung von sozial-ökologischen Innovationen mittels passender Finanzierungsinstrumente. Wie ist ihre Position dazu?

Wir fordern Reformen im Gesellschaftsrecht für Betriebe, die zugleich gemeinnützig und unternehmerisch tätig sind. Der Bund sollte zudem Pilotprojekte zu „Social Entrepreneurship“ an Schulen und Hochschulen fördern. Die sozialen Herausforderungen erfordern neue zivilgesellschaftliche Antworten. „Social Entrepreneurship“-Unternehmerinnen und -Unternehmer können als Hybride zwischen klassischen Start-ups und traditionellen Non-Profit-Organisationen entscheidend dazu beitragen. Im Bereich des Social Entrepreneurship tragen Unternehmen konkret dazu bei, mehr Chancengerechtigkeit für Menschen in allen Lebensphasen zu ermöglichen. Hier werden die Chancen unternehmerischer Freiheit in besonderer Weise mit gesellschaftlicher Verantwortung verbunden. Deswegen wollen wir Social Entrepreneurship in Nordrhein-Westfalen weiter stärken, indem wir spezifische Fortbildungen in der Gründungsberatung ausbauen und Gründerinnen und Gründern in diesem Bereich helfen, sich besser zu vernetzen.

Wir fordern den Einsatz der nicht-finanziellen Berichterstattung. Alle Positionen des Landeshaushaltes sollten hinsichtlich der Wirkung auf den Gemeinwohl-Index NRW & der Nachhaltigkeitsstrategie geprüft, und alle politischen Maßnahmen entsprechend ausgerichtet werden. Wie sehen sie das?

Wir stehen für einen ganzheitlichen Nachhaltigkeitsbegriff. Mit Blick auf den Landeshaushalt gehört dazu neben der selbstverständlichen Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Aspekten insbesondere die Berücksichtigung der finanziellen Nachhaltigkeit. Einem Aufweichen der Schuldenbremse treten wir deswegen beispielsweise entschieden entgegen, damit auch noch künftige Generationen aktiv Politik gestalten können. Eine einseitige Ausrichtung des Landeshaushalts an bestimmten exogenen Zielkatalogen oder Indizes lehnen wir ab.

Der ländliche Raum muss dringend in Richtung gemeinwohl-orientierter Daseinsvorsorge entwickelt werden. Im urbanen Raum müssen neue Freiräume geschaffen werden, aus denen Innovationen außerhalb etablierter Strukturen hervorgehen werden. Wie ist ihre Position dazu?

Der ländliche Raum braucht eine Infrastruktur, die eine adäquate Versorgung ermöglicht. Gleichzeitig wollen wir unsere Städte als moderne Zentren weiterentwickeln und lebenswert halten. Den Gigabitausbau bis an jede Milchkanne wollen wir bis 2025 abschließen. Durch eine flächendeckende Ausweitung von On-Demand-Systemen wollen wir die Erreichbarkeit des ländlichen Raums durch ein öffentliches Verkehrsangebot massiv verbessern. Um Wohnen in ländlichen Regionen ohne Pendel-Notwendigkeiten zu stärken, wollen wir auch die Einrichtung von Co-Working-Spaces forcieren. Mit einer durchdachten Stadtplanung im urbanen Raum schaffen wir gemeinsame Räume für Wohnen, Arbeit und Erholung und verbinden sie mit Bildungs- und Teilhabeangeboten wie etwa der Kita im Haus. Wir wollen Stadtmitte und Dorfzentrum wiederbeleben und zu echten Erlebnis- und Begegnungsräumen der Bürgerschaft machen. Dafür vereinfachen wir das Planungs- und Baurecht weiter. Mit der geschaffenen Innovationsklausel in der Landesbauordnung werden wir Nutzungsänderungen weiter erleichtern. Mit einer weiteren Innenstadtoffensive werden wir Pilotprojekte zur Zwischennutzung wie etwa Popup-Stores und Showrooms fördern.

Wir fordern die Integration von Methoden sowie Inhalten alternativer Wirtschaftsformen und von demokratiefördernden Aspekten der Gemeinwohl-Ökonomie sowie sozial-unternehmerischer Kompetenzen in die Landesstrategie »Bildung für nachhaltige Entwicklung«. Wie ist ihre Position dazu?

Wir wollen Schülerinnen und Schüler mit den nötigen Kompetenzen auszustatten, um die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Gesellschaft verantwortungsbewusst mitzugestalten. Wir haben daher die ökonomische Bildung mit dem Schulfach Wirtschaft in der Sekundarstufe I gestärkt. Das Fach trägt dazu bei, dass sich Schülerinnen und Schüler sauf einer demokratischen Grundlage engagieren und Mitverantwortung für die Aufgaben des Gemeinwesens im Sinne einer gerechten, gemeinschaftsbezogenen, nachhaltigkeitsorientierten und demokratischen Bürger- bzw. Zivilgesellschaft sowie einer damit korrespondierenden Wirtschaftsordnung übernehmen.

Social Entrepreneurs werden größtenteils von Instrumenten des BMWi und der KfW durch formelle Voraussetzungen oder Förderbedingungen ausgeschlossen. Wir fordern die Öffnung bestehender Programme der Gründungs- und Innovationsförderungen für Social Entrepreneurs. Wie ist ihre Position dazu?

Wir fordern auf Bundesebene Reformen im Gesellschaftsrecht für Betriebe, die zugleich gemeinnützig und unternehmerisch tätig sind. Um die Finanzierungssituation von Social Entrepreneur zu verbessern, wollen wir neben einer Öffnung bestehender Förderprogramme eine verlässliche Finanzierung durch einen „Social Impact Fonds“ einrichten, der die Gelder „nachrichtenloser Vermögenswerte“ mobilisiert, ohne die wahren privaten Eigentümerinnen und Eigentümer dieser Gelder zu enteignen oder den Steuerzahler zu belasten. Wir unterstützen den Aufbau Sozialer Gründer- und Innovationszentren und wollen bestehende Programme an die Bedarfe anpassen.

Wir fordern die Stärkung der Bildung sowie Kompetenzen in den Bereichen Social Entrepreneurship und Plurale Ökonomik. An Bildungsorten wie Hochschulen sollen vermehrt Bildungsformate dazu angeboten werden und die Bildungs-Netzwerkstrukturen durch Kompetenzaufbau gestärkt werden. Wie sehen sie das?

Wir sind die Partei der Hochschulfreiheit. Der Kern der Hochschulfreiheit besteht darin, dass die Hochschulen frei von politischer Einflussnahme über die Inhalte ihrer Lehrveranstaltungen und Forschung entscheiden können.

Im Bereich des Social Entrepreneurship (Soziales Unternehmertum) tragen Unternehmen konkret dazu bei, mehr Chancengerechtigkeit für Menschen in allen Lebensphasen zu ermöglichen. Hier werden die Chancen unternehmerischer Freiheit in besonderer Weise mit gesellschaftlicher Verantwortung verbunden. Deswegen wollen wir Social Entrepreneurship in Nordrhein-Westfalen weiter stärken, indem wir spezifische Fortbildungen in der Gründungsberatung ausbauen und Gründerinnen und Gründern in diesem Bereich helfen, sich besser zu vernetzen. In Regierungsverantwortung haben wir zudem mit der Einrichtung der Exzellenz-Start-up-Centern an führenden Universitäten des Landes bundesweit neue Maßstäbe bei der Verwirklichung innovativer Ideen gesetzt.